

II-9436 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4637 /J

1993 -04- 16

ANFRAGE

der Angeordneten Dr. Partik-Pablè , Mag. Haupt

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Verpflegung in Wiener Strafanstalten

Das Gefangenhaus des Landesgerichtes für Strafsachen Wien ist chronisch überbelegt. Daher ist es mitunter notwendig, Untersuchungshäftlinge in andere Strafanstalten zu verlegen.

Mehr als 50% der Häftlinge des Gefangenhauses des Landesgerichtes für Strafsachen Wien sind Ausländer; ein großer Teil von diesen sind Anhänger des moslemischen Glaubens. Daher ist es notwendig, auch auf die Essensgewohnheiten andersgläubiger Häftlinge einzugehen. Dies ist aber in vielen Außenstellen nicht der Fall; so weigert sich die Außenstelle des Gefangenhauses Floridsdorf, moslemische Häftlinge aufzunehmen, da keine entsprechende Verpflegung geführt wird.

So bleiben Häftlinge moslemischen Glaubens meist im Gefangenhaus des Landesgerichtes für Strafsachen Wien. Verlegt werden andere Häftlinge mit nicht moslemischem Glauben, insbesondere Österreicher. Dazu ist zu sagen, daß die Verlegung in eine Außenstelle generell als Nachteil empfunden wird.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz nachstehende

ANFRAGE

- 1) Ist Ihnen die oben geschilderte Problematik bekannt?
- 2) Warum wird nicht in allen Außenstellen des Gefangenhauses Wien Essen auch für Angehörige des moslemischen Glauben bereitgestellt?
- 3) Mit welcher Begründung ist es notwendig, daß der Gefängnisarzt (!) feststellt, ob Anspruch auf moslemisches Essen besteht oder nicht?
- 4) Wie sieht die Verteilung der Gefangenen nach Nationalitäten auf die verschiedenen Außenstellen des Gefangenhauses Wien in den Monaten Jänner und Februar 1993 aus?
- 5) Werden Sie dafür Sorge tragen, daß nicht hauptsächlich Österreicher verlegt werden, sondern österreichische und ausländische Untersuchungshäftlinge zu gleichen Teilen?